

Anlage 1

(zu Ziffer I Buchstabe A Nummer 4 und
Ziffer II Nummer 4)

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und die Landesdirektion Sachsen
an das Sächsische Staatsministerium der Finanzen
Carolaplatz 1
01097 Dresden

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

**Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung**

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Absatz 2 Nummer 1 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Absatz 2 Nummer 2 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 des Finanzausgleichsgesetzes
Bankverbindung – Bank:	
IBAN:	BIC:

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes _____
- des Nachtragshaushaltsplanes _____
- des Jahresabschlusses _____

am _____

a) Allgemeine Kennziffern

	Anzahl	je 1 000 Einwohner
1. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
	TEuro	Euro/Einwohner
2. Schuldenstand der Gebietskörperschaft zum		
a) Antragsstichtag (ohne Kassenkredite)		
b) Kassenkredite zum Antragsstichtag		
c) Bürgschaften/Garantien		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

1. Grundsteuer A in Prozent _____
2. Grundsteuer B in Prozent _____
3. Gewerbesteuer in Prozent _____

		Laut Haushaltsplan	nach Konsolidierung gemäß Ziffer V
		TEuro	TEuro
1. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Nummer 17 Anlage 1a		
2. Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	Nummer 34 Anlage 1a		
3. Finanzierungsmittelfehlbedarf/-überschuss	Saldo 1. + 2.		
4. Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit	Nummer 38 Anlage 1a		
5. Änderung Finanzmittelbestand im Haushaltsjahr	Saldo 3. + 4.		
6. Überschuss/Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	Nummer 44 Anlage 1a		
7. voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	Nummer 46 Anlage 1a		

III. Kosten eines Gutachtens

- a) Kosten des Gutachtens laut Angebot _____ Euro
- b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin _____ / _____

IV. Höhe des Zahlungsmittelbestandes am Ende des Finanzplanungszeitraum (Nummer 46 der Anlage 1a)/der außergewöhnlichen Belastung:

_____ Euro

V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage ____:

- 1. Minderungen des Aufwandes im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ Euro
- 2. Erhöhungen der Erträge im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ Euro
- 3. sonstige Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung _____ Euro

VI. Höhe der beantragten Zuweisung: _____ Euro

VII. Fördermittel für kommunale Investitionen
(ohne Kredite) – Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung – in TEuro –

geplante Investitionsmaßnahmen	davon Fördermittel beantragt	Eigenmittel bewilligt	Kredite
1. _____			
2. _____			
3. _____			

VIII. Begründung des Antrages
einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Zahlungsmittelbedarfes (Fehlbetrages) oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von 3 Jahren)

IX. Sonstige Erläuterungen

XI. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Antrag der Gemeinde	Nr.	Konten- gruppe/ Kontenart	Jahresab- schluss des vorvergan- genen Jahres	Haushaltsplan Jahresab- schluss ver- gangenes Jahr	Haushalts- plan Aus- gleichsjahr	Konsolidierung laut mittelfristiger Finanzplanung							
						vor	nach	vor	nach	vor	nach	vor	nach
Antrag des Landkreises			TEuro	TEuro	TEuro	1. Folgejahr		2. Folgejahr		3. Folgejahr		4. Folgejahr	
						TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Entnahme aus der Liquiditätsre- serve	42												
Zuführung an Liquiditätsreserve	43												
Überschuss/Bedarf an Zah- lungsmitteln im Haushaltsjahr	44	Saldo (39 + 40 + 42) ./. (41 + 43)											
voraussichtlicher Bestand an Zah- lungsmitteln zu Beginn des Haus- haltsjahres (ohne Liquiditätskredite und Kontokorrentverbindlichkei- ten) ³	45												
voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	46	Summe 39 + 40 + 41 + 45											

¹ erfasst nicht Kontokorrentkredite, denn sie sind nicht mit tatsächlichen Einzahlungen verbunden (hier wird lediglich eine Kontoüberziehung geduldet); erfasst werden hier nur Festbetragskassenkredite, bei denen die Gemeinde tatsächlich Geld erhält, die also mit einer Einzahlung in die Gemeindekasse verbunden sind

² erfasst nicht die Zurückführung von Kontokorrentkreditinanspruchnahmen, da damit keine tatsächlichen Auszahlungen verbunden sind

³ bei der Ermittlung des Zahlungsmittelbestandes bleiben Fremdmittel, unberücksichtigt

Anlage 1c

(zu Ziffer I Buchstabe A Nummer 4 Buchstabe b)

Zum Antrag
der/des Gemeinde/Landkreises _____ vom _____

Übersicht zum Schuldenstand (in Euro):

Haushaltsjahr: _____

Position	Bestand zum 1. Januar des Haushaltsjahres	genehmigte Kre- ditaufnahme im Haushaltsjahr	geplante Tilgung im Haushaltsjahr	voraussichtliche Bestand zum 31. Dezember des Haushalts- jahres	Zweck der Kre- ditaufnahme
Schulden am Kreditmarkt	_____	_____	_____	_____	_____
Sonstige Kreditschulden ¹	_____	_____	_____	_____	_____
kreditähnliche Rechtsgeschäfte	_____	_____	_____	_____	_____
Bürgschaften	_____	_____	_____	_____	_____
Kassenkredit	_____	_____	_____	_____	_____

¹ bitte aufliedern

Anlage 1d

(zu Ziffer I Buchstabe A Nummer 4 Buchstabe b)

Zum Antrag
der/des Gemeinde/Landkreises _____ vom _____

Zusammengefasste Übersicht zum Anlagevermögen¹:

Stichtag: _____

Position	Anlagevermögen in Euro	zur pflichtigen Aufgabenerfüllung benötigt
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

¹ Zu den Vermögenswerten gehören neben beweglichem und unbeweglichem Vermögen auch Aktien, Fonds sowie andere Formen der Vermögensbildung und Beteiligungen. Für bewegliches und unbewegliches Sachanlagevermögen genügt eine zusammengefasste Auflistung.

Anlage 1e

(zu Ziffer I Buchstabe A Nummer 4 Buchstabe b)

Zum Antrag

der/des Gemeinde/Landkreises _____ vom _____

Übersicht zu Gebühren, Beiträgen und Entgelten für das Haushaltsjahr _____

Position	Aufwendungen des vergangenen Jahres in Euro	Bemessungsgrund- lage	mögliche(s) Ge- bühr/Entgelt in Euro	tatsächliche(s) Ge- bühr/Entgelt in Euro

Trägerschaft der Kindertageseinrichtung: _____

Einrichtungsart	durchschnittliche Kinderzahl unter Berücksichtigung der Betreuungszeit (§ 12 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen) im Haushaltsjahr	Pädagogische Fachkräfte		Abweichung
		Soll gemäß § 12 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen	Ist	
Kinderkrippe				
Kindergarten				
Hort				
Leitung der Kita	entfällt			

Finanzierung der Kindertageseinrichtung: _____

Einrichtungsart	Betriebskosten gemäß § 14 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen	davon Gemeindeanteil einschließlich Landeszuschuss	davon Elternbeiträge		davon Eigenanteil des Trägers
			Ist gemäß § 15 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen	Ist	
			Euro	Prozent	
Kinderkrippe					
Kindergarten					
Hort					

Anlage 2

(zu Ziffer IV Nummer 4 Buchstabe a)

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

**Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung zur Förderung eines freiwilligen
Gemeindezusammenschlusses gemäß § 22 Absatz 2 Nummer 4
des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes**

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 des Finanzausgleichsgesetzes
Bankverbindung – Bank:	
IBAN:	BIC:

II. Höhe der beantragten Zuweisung:

_____ Euro

III. Begründung des Antrages

(gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

V. Anlagen

- Urkunde über den freiwilligen Gemeindegemeinschaft
- Gründungsdokument der neuen Gebietskörperschaft (beglaubigte Abschrift)
- Entwurf des Haushaltsplanes der neuen Einheitsgemeinde oder Haushaltsplan und Jahresrechnung der einzugemeindenden Gemeinde¹

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift